ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hildebrandt, Walter

Article — Digitized Version

Der Ostblock als Wirtschaftsmacht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hildebrandt, Walter (1955) : Der Ostblock als Wirtschaftsmacht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 1, pp. 25-31

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/132023

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Der Ostblock als Wirtschaftsmacht

Dr. W. Hildebrandt, Stolzenau/Weser

Der Ostblock ist der größte wirtschaftliche Zusammenschluß von Raum und Menschen, den die Geschichte bisher gekannt hat. Von der Elbe bis zum Pazifik umfaßt er unter Einschluß der Sowjetunion, der Satellitenländer in Ostmitteleuropa, der sowjetischen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich, der Chinesischen und Mongolischen Volksrepublik und der nördlichen Hälfte von Korea und Vietnam rd. 35 Mill. qkm oder 26 % der festen Erdoberfläche. Das ist der gleiche Gebietsumfang, über den auch das britische Weltreich verfügte. Während jedoch im Empire 1936 etwa 500 Mill. Menschen siedelten, beträgt die Einwohnerschaft des Ostblocks 1950 rd. 770 Mill. oder 32 % der Erdbevölkerung. Berücksichtigt man die Ergebnisse der neuesten chinesischen Volkszählung, wonach China am 30. Juni 1953 innerhalb seiner Grenzen 582,6 Mill. Einwohner zählte [1]), so muß sogar mit einer Bevölkerung von etwa 900 Mill. gerechnet werden.

Fläche und Bevölkerung des Ostblocks 1950

Gebiet	Fläche in 1000 qkm	Bevölkerung in Mill.
Sowjetunion	22 271	197,2 [1])
Ostmitteleuropa (einschl. Sowjetzone)	1 018	90,1
Asiatische Länder (ohne Sowjetunion)	11 634	483,0
Zusammen	34 923	770,3
Erdbevölkerung zusammen	135 000	2 400,0

[1]) Nach Prokopovicz im Artikel „Sowjetunion", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart 1953; nach G. Ipsen u. a. 201,0 Mill.

Noch viel weniger als der ehemals britische kann sich der Größe nach der nordamerikanische Wirtschaftsraum (USA und Kanada) mit seinen rd. 18 Mill. qkm und 166 Mill. Einwohnern (1950) mit dem Ostblock messen. Andere Zusammenschlüsse aber, wie die Montanunion, das OEEC-Gebiet, die Länder des Colombo-Plans oder die seit der Genfer Konferenz von 1947 im GATT zusammengeschlossenen Staaten, arbeiten nur auf Teilgebieten mehr oder weniger eng zusammen.

Als eine wirtschaftliche Einheit kann der Ostblock nur sehr unzulänglich mit Hilfe der formalen wirtschafts- und völkerrechtlichen Bindungen charakterisiert werden, die in der rechtsstaatlichen Ordnung der westlichen Welt eine so bedeutende Rolle spielen. Zwar gibt es eine Vielzahl von Abkommen und Verträgen, insbesondere auch den „Rat zur gegenseitigen Wirtschaftshilfe" (Komekon), der sich Anfang 1949 unter Anwesenheit sowjetischer, polnischer, tschechischer, rumänischer, ungarischer und bulgarischer Vertreter in Moskau als Gegenstück zum Marshallplan konstituierte; aber wichtiger als alle Tagungen und Vereinbarungen, die im Rahmen dieses „Molotowplans" stattfinden, ist die macht- und wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis, mit deren Hilfe die ökonomische Entwicklung des gesamten Raumes nach einheitlichen Grundsätzen geplant und koordiniert wird.

So ist die Entwicklung des Ostblocks nur zu verstehen, wenn man das besondere Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft berücksichtigt. In Umkehrung der Theorie von Marx, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, ist die Wirtschaft im Osten vielmehr nur eine Funktion der Politik. Das wird noch dadurch unterstrichen, daß sie auch organisatorisch ein Teil des Staatsapparates ist, ob es sich nun um Staatsbetriebe handelt oder um Kollektiveigentum, das über die Produktions- und Normplanung und andere Maßnahmen von oben verwaltet wird.

An dieser Tatsache kann eine Untersuchung des Ostblocks als eines wirtschaftlichen Großraums nicht vorübergehen. Denn damit wird von vornherein die Frage nach der „Rentabilität" dieses Zusammenschlusses, nach der ökonomischen Berechtigung, gerade diese Gebiete aus dem Ganzen der arbeitsteiligen Weltwirtschaft herauszuschneiden und einer besonderen Entwicklung und einem eigenen System wirtschaftlicher Kommunikation und Zusammenarbeit zu unterwerfen, zunächst zu einer Frage zweiter Ordnung. Tatsächlich ist der Ostblock als Ausschnitt aus der Weltwirtschaft mehr das Ergebnis eines politischen Zufalls. Noch Lenin hatte geglaubt und gehofft, daß im Anschluß an den ersten Weltkrieg der Kommunismus sich über eine Erhebung in Deutschland der Industriestaaten ganz Mittel- und Westeuropas bemächtigen würde, und auch nach dem letzten Kriege hielt man angesichts der kommunistischen Wahlerfolge in Frankreich und Italien eine solche Entwicklung nicht für ausgeschlossen. Die große Bedeutung, die diesen Möglichkeiten zugemessen wurde, leitete sich, ganz abgesehen von allen Machtfragen, nicht zuletzt aus dem politisch-ideologischen Interesse an einer schnellen Verbreitung der industriellen Grundlage des sowjet-kommunistischen Herrschaftsbereiches ab. Denn noch immer sieht man in einer starken Industriearbeiterschaft die entscheidende Kraft der gesellschaftlichen Revolution. [2])

Zusammen mit der Erkenntnis, daß ein moderner Staat, will er Großmachtpolitik betreiben und sich vom Gegner unabhängig machen, nicht ohne eine starke Industriewirtschaft auskommt, ist damit eine der wichtigsten Gründe festgehalten, warum der Sowjetkommunismus im Kampf gegen historische und natürliche Nachteile, aber auch unter Ausnutzung einiger Vorteile, wie z. B. des Reichtums an Bodenschätzen und der Genügsamkeit der Bevölkerung, den Versuch begonnen hat, mit Hilfe einer ökonomischen und tech-

[1]) Internationale Schätzung 1950: 463,5 Mill. Einwohner.

[2]) Vgl. z. B. den sowjetischen Theoretiker J. Joffe, der noch 1948 feststellt: „Die führende Rolle des Industrieplanes wird durch die politischen und ökonomischen Aufgaben bestimmt, die vom Sowjetvolk und seiner Avantgarde, der Kommunistischen Partei, in dem gewaltigen Kampf um den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu lösen sind." J. Joffe: „Die Planung der Industrieproduktion", Berlin o. J., S. 5.

nischen Revolution den Großwirtschaftsraum zwischen Ostmitteleuropa und dem Chinesischen Meer schneller und radikaler als andere „unterentwickelte Gebiete" dem industriellen Standard der um den Nordatlantik gruppierten alten Industriestaaten anzugleichen.[3])

DIE SOWJETUNION

Wenn im folgenden in kurzen Zügen festgehalten werden soll, wie weit diese Umstrukturierung des Ostblocks durchgeführt worden ist, so muß unbedingt zwischen der Entwicklung in der Sowjetunion, in den osteuropäischen Satellitenstaaten und in China unterschieden werden. Auch wenn Teilgebiete des Satellitenraums, wie z. B. Böhmen, Sachsen, Oberschlesien und zum Teil Westungarn, auf eine alte industriewirtschaftliche Tradition mitteleuropäischer Prägung zurückblicken können, so ist die Sowjetunion unbestritten die Führungsmacht und das Kernland der Industrialisierung innerhalb des Ostblocks. Ausgehend von den Erfolgen der Oktoberrevolution konnte sie, nachdem 1929 die liberalere Periode der „Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) abgeschlossen worden war und einer radikaleren Wirtschaftspolitik Platz gemacht hatte, die Industrialisierung ihres Landes im Rahmen der Stalinschen Fünfjahrespläne in einem Tempo durchführen, mit dem nur die Entfaltung und Modernisierung der japanischen Wirtschaft 1890-1940 und die Entwicklung Nordamerikas verglichen werden können.

Entwicklung der Industrieproduktion in der Sowjetunion, 1928 — 1953

Erzeugnis	Einheit	1928	1953
Kohle	Mill. t	33,4	320,0
Elektrizität	Mrd. kWh	5,0	132,0
Erdöl	Mill. t	11,4	52,5
Roheisen	Mill. t	3,8	29,0
Rohstahl	Mill. t	4,3	38,0
Kupfer	1000 t	19,0	365,0 [1])
Aluminium	1000 t	0,0	330,0
Kraftfahrzeuge	1000 Stück	1,4 [2])	486,0 [3])
Landw. Schlepper (Bestand)	Mill. PS	0,4	16,5 [1])
Baumwollstoffe	Mrd. m	2,7	5,3
Wollstoffe	Mill. m	97,0	200,0
Lederschuhe	Mill. Paar	30,0	250,0 [1])

Quellen: W. Hildebrandt: „Wie stark ist der Osten? Eine Ost-West-Bilanz nach den Produktionsergebnissen von 1953" in Geopolitik, Jg. 1954, H. 7, S. 389 ff; Artikel „Sowjetunion" in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart 1954; UNO-Veröffentlichung „Economic Survey of Europe since the war", Genf 1953. [1]) 1952. [2]) 1929. [3]) 1955 (Plan).

Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, ist entsprechend der Priorität, die man dem Ausbau der Schwerindustrie einräumte, vor allem die Kapazität der eisenschaffenden Industrie, der Buntmetallurgie und der Energiewirtschaft im Laufe der letzten 25 Jahre um ein Vielfaches gesteigert worden. Nachdem die Grundstoffindustrien der Sowjetunion zu Beginn der Industrialisierungsepoche mit nur wenigen Prozenten an der Weltproduktion beteiligt waren, stellen sie heute durchschnittlich einen durchaus wesentlichen Teil der gesamten Erzeugung. 1953 betrug der Anteil bei Roheisen 18,5 %, bei Kohle und Rohstahl etwas über 16 %, bei Kupfer und Aluminium 13,6 bzw. 12,4 % und bei Elektrizität und Erdöl 11 bzw. 8,1 %. Wenn die Planziele für 1960 (500 Mill. t Kohle, 50 Mill. t Roheisen, 60 Mill. t Rohstahl) verwirklicht worden sind, wird die Sowjetunion sogar einen noch größeren Anteil an der Weltproduktion übernommen haben. Auch unter Berücksichtigung der geschätzten Ausweitung der Produktion in der übrigen Welt wird die UdSSR 1960 dann beispielsweise 19,2 % der Weltstahlerzeugung übernommen haben.

Erntemengen und Viehbestand in der Sowjetunion, 1928 — 1953

Position	Einheit	1928 [2])	1953 [3])
Getreide	Mill. t	73,3	131,0 [1])
Zuckerrüben	Mill. t	10,1	22,0 [1])
Baumwolle	Mill. t	0,8	3,8 [1])
Pferde	Mill. Stück	33,5	16,7
Rindvieh	Mill. Stück	70,5	58,2
Schweine	Mill. Stück	26,0	35,5
Schafe und Ziegen	Mill. Stück	146,7	123,3

Quellen: O. Schiller: „Die Landwirtschaft der Sowjetunion 1917—1953", Tübingen 1954, S. 91 ff; Tassmeldung v. 14. 9. 53. Die Zahlen des Viehbestandes 1953 (Juli) wurden errechnet auf Grund der Angaben Chruschtschews in seiner Rede vor dem ZK der KPdSU am 7. 9. 53. Niedrigere Zahlen nennt Schiller im Artikel „Sowjetunion", Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, a. a. O. [1]) 1952. [2]) Alte Grenzen. [3]) Neue Grenzen.

Die außerordentliche Kraftanstrengung auf dem industriellen Sektor, die aus diesen Zahlen spricht, hat die Sowjetunion im Laufe der Jahre endgültig zur zweitstärksten Industriemacht der Erde gemacht. Heute wird die Produktionsstärke der sowjetischen Industrie nur noch von den USA übertroffen. Dieser schnelle und imponierende Erfolg wurde allerdings auf der anderen Seite mit einer Reihe von Belastungen bezahlt, die im Hinblick auf die Struktur der Sowjetwirtschaft von großer Bedeutung sind. So konnte unter den besonderen russischen Verhältnissen — die ungünstige Ausdehnung des Raumes, klimatische und verkehrsgeographische Nachteile und ein niedriger Standard der Bevölkerung — die stürmische Industrialisierung nur durch den totalen Eingriff eines mit allen Machtmitteln ausgestatteten Staates möglich gemacht werden. Der Staat organisierte die Erforschung und Ausbeutung der reichen Bodenschätze, hob das Bildungsniveau und war um die Erziehung technischer Kader besorgt, so wie er durch die Anfang der dreißiger Jahre begonnene radikale Kollektivierung der Landwirtschaft die Freisetzung der in der Industrie notwendigen Arbeitskräfte veranlaßte. Mit Hilfe der Staatsgewalt wurden die Arbeitskräfte auch an jenen Stellen konzentriert, wo die neuen Industriekombinate ihren sprunghaft ansteigenden Bedarf an Arbeitskraft anmeldeten. Eine wesentliche Aufgabe wurde dabei auch der Zwangsarbeit zugewiesen, auf die überall dort zurückgegriffen wurde, wo schnell Schwerpunkte zu bilden waren oder wo die äußeren Bedingungen des Klimas, der Unterbringung und der Arbeitsverhältnisse den Arbeitsmarkt vor besondere Probleme stellten.

Nicht genug damit, mußten der Bevölkerung im Zuge der Industrialisierung auch noch zwei wichtige Vorleistungen zugemutet werden. Um den Aufbau einer Schwerindustrie zu erreichen, hatte die Herstellung

[3]) Zum weitläufigen Problem eines Vergleichs zwischen westlicher und östlicher Wirtschaft siehe u. a. H. Raupach: „Atlantische und eurasische Wirtschaft" in Politische Bildung, Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, H. 45, München 1954.

von Gütern des Massenbedarfs ganz entschieden hinter den Leistungen der Produktionsmittelindustrie zurückzutreten. Damit blieb der Lebensstandard, der durch hoch gesetzte Normen, staatliche Zwangsanleihen und Sonderschichten, die den Reallohn je Arbeitseinheit beschnitten, sowieso ungünstig beeinflußt wurde, weit hinter der Leistungskurve der Industrieproduktion zurück. Aber auch der Landwirtschaft konnte nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Infolge der Preispolitik trug das Landvolk die Hauptlast der Industrialisierung, während es andererseits trotz der fortschreitenden Technisierung der Landwirtschaft nicht mit der genügenden Menge an Investitionsgütern versorgt wurde, die angesichts der rasch wachsenden Volkszahl und Verstädterung nicht nur erwünscht, sondern auch notwendig war, wenn man es nicht eines Tages zu Krisen in der Lebensmittelversorgung wie überhaupt in der Landwirtschaft kommen lassen wollte. Ein besonderes Problem bildet darüber hinaus der Rückgang der Viehwirtschaft im Gefolge der Kollektivierung, den die vorstehende Tabelle deutlich zeigt. Das Bedenkliche der Entwicklung liegt vor allem darin, daß der Viehbestand in einer Zeit laufend zurückging, in der infolge der Verstädterung der Bedarf an Nahrungsmitteln tierischer Herkunft wie in allen Industrieländern der Erde fortschreitend im Steigen begriffen war.

Vor allem aber hatte die einseitige Tendenz der Industriepolitik eine sehr unterschiedliche Entwicklung der weiten ländlichen und der wenigen industriellen Bezirke zur Folge. Noch immer ist die Sowjetunion weit davon entfernt, ein durchgängig industrialisiertes Land zu sein. Die Großstädte und die Industriekombinate sind nur Inseln inmitten der Agrargesellschaft, die sich vom Industriegebiet um Komsomolsk am unteren Amur über das Kusnezk-Ural-Kombinat bis zur Ukraine (Donbas) und den industriellen Zentren Moskau und Leningrad hinziehen. 1939 waren von einer gezählten Bevölkerung von 169,5 Millionen noch rund 91 Millionen [4]) oder 54 % — in der Bundesrepublik vergleichsweise von 47,7 Mill. Einwohnern 1950 nur 15 % — Berufszugehörige der Landwirtschaft. Zur „ländlichen Bevölkerung" insgesamt rechnete man 1939 67,2 %.

So kann die Sowjetwirtschaft trotz der Produktionsstärke ihrer Schwerindustrie weder mit der Struktur der westeuropäischen Industrieländer noch mit den nordamerikanischen Verhältnissen verglichen werden. Das enge Netz der Kommunikationen, die durchgängige Dichte gewerblich tätiger Bevölkerung und der große Anteil der Klein- und Mittelbetriebe an der Gesamtwirtschaft sind ihr ebenso unbekannt wie der perfektionierte Einsatz technischer Mittel auf allen Gebieten des Lebens einschließlich der privaten Sphäre und die damit zusammenhängende ausgewogene Proportion zwischen hoher Produktions- und Konsumtionsrate. Der geringe Grad wirtschaftlicher Entfaltung, der mit diesen Tatsachen gekennzeichnet ist, spiegelt sich auch im Einsatz von Traktoren in der Landwirtschaft, in der Stahlproduktion und im Verbrauch elektrischen Stroms pro Kopf bzw. pro Flächeneinheit anschaulich wider. So entfielen nach Angaben der UNO [5]) 1951 auf jeden Traktor in der Sowjetunion 400 ha Kulturboden, in den USA und in der Bundesrepublik jedoch nur 48 bzw. 68 ha. Hinsichtlich der Stahlproduktion je Kopf der Bevölkerung ist der Unterschied zwar bei weitem nicht so groß, jedoch noch immer von struktureller Bedeutung. Nachdem die Quote in der Sowjetunion 1928 25 kg betrug — das entspricht etwa dem gegenwärtigen Durchschnitt in Südamerika —, erzeugt die sowjetische Wirtschaft heute rd. 190 kg je Einwohner (1953) [6]). In den USA dagegen werden 660 kg und in der Bundesrepublik 315 kg Stahl je Einwohner produziert. Ähnlich verhält es sich mit dem Stromverbrauch je Kopf der Bevölkerung. Hier betrugen die Ziffern 1953 für die USA 3 400 kWh, für die Bundesrepublik 1 220 kWh und für die Sowjetunion 670 kWh. Geht man vom Standard der USA aus, so ergibt sich folgender Vergleich:

Land	Kulturland je Traktor	Stahlerzeugung je Einwohner	Stromverbrauch je Einwohner
USA	100	100	100
Bundesrepublik	142	48	36
Sowjetunion	830	29	20

OSTMITTELEUROPA

Es ist bekannt, daß die Sowjets die Grundsätze ihrer Industriepolitik auch auf die Länder Ostmitteleuropas anwandten, nachdem sie sich im Anschluß an den zweiten Weltkrieg die Kontrolle über diesen Raum gesichert hatten. Ausgehend von der Überzeugung, daß kein Staat, der eine kommunistische Gesellschaftsordnung anstrebt, auf eine breite industrielle Basis und eine starke Industriearbeiterschaft verzichten kann, wurde auch in solchen Gebieten mit der Industrialisierung begonnen, in denen die ökonomischen Verhältnisse zunächst nur geringe Ansatzpunkte boten, wie das z. B. für Bulgarien und Albanien zutrifft. Das zeigt auch die nachfolgende Übersicht, obgleich das besonders rasche Wachstum der bisher am stärksten agrarisch bestimmten Länder nichts über die absolute Stärke der Industrieproduktion im Vergleich zum indu-

Entwicklung der Industrieproduktion Osteuropas

Land	Basis	1948	1949	1950	1951	1952	Planziel
Sowjetunion	1940 = 100	118	141	173	202	224	294 [2])
Polen (+ dt. Ostgebiete)	1938 = 100 [1])	144	177	223	270	304	400 [2])
Tschechoslowakei	1937 = 100	108	126	146	168	197	214 [3])
Ungarn	1938 = 100	107	153	206	267	331	474 [4])
Rumänien	1938 = 100	83	117	160	206	253	390 [2])
Bulgarien	1938 = 100	182	235	290	345	407	400 [3])
Sowjetzone	1938 = 100	65	74	94	115	133	180 [2])

[1]) Vorkriegsgebiet. [2]) 1955. [3]) 1953. [4]) 1954.

[4]) Diese Zahl errechnet sich aus 75,6 Mill. Kolchosbauern, 3 Mill. Privatbauern und 2,5 Mill. Arbeitern und Angestellten in der Landwirtschaft einschl. deren Familien. Die letztere Zahl bezieht sich auf 1937; vgl. „Große Sowjet-Enzyklopädie", Berlin 1952, Bd. I, S. 50.

[5]) UNO-Veröffentlichung (ECE) „Tractor Industry", Genf 1952, S. 5 f. Für die Sowjetunion günstigere, aber nicht grundsätzlich andere Verhältnisse errechnen sich, wenn man von den Angaben Chruschtschews für das Jahr 1953 ausgeht; hierzu H. Raupach: „Die Agrarwirtschaft der Sowjetunion seit dem zweiten Weltkrieg", Göttingen 1953, S. 35.

[6]) Alle Ziffern bezogen auf den Bevölkerungsstand von 1950.

striellen Potential etwa der Tschechoslowakei und der Sowjetzone aussagt, deren weitere Industrialisierung auf Grund ihres höheren Standards dem Gesetz der sinkenden Zuwachsrate unterliegt.

Tatsächlich wird die industrielle Stärke Ostmitteleuropas noch immer von der Kapazität des traditionellen Industriedreiecks Sachsen — Böhmen — Oberschlesien bestimmt. Das lassen auch die nachstehenden Zahlen erkennen. Von der Kohlen-, Strom- und Stahlproduktion des gesamten Satellitenraums entfallen mehr als drei Viertel auf die Tschechoslowakei, Polen und die deutschen Gebiete. Dasselbe trifft für die verarbeitende Industrie zu; hier kann insbesondere auf die Erfahrungen und die Facharbeiterstämme der leistungsfähigen sächsischen und böhmischen Betriebe der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden. Nur Ungarn mit seinem Braunkohlenbergbau, dem alten gewerblichen Zentrum Budapest und seinen Bauxitvorkommen nimmt eine Zwischenstellung ein. In Rumänien ist nur die Erdölindustrie von allgemeinerer Bedeutung.

Schwerindustrielle Produktion in Ostmitteleuropa 1953

Land	Steinkohle Mill. t	Braunkohle Mill. t	Kraftstrom Mrd. kWh	Erdöl Mill. t	Roheisen Mill. t	Rohstahl Mill. t
Polen	88,7	6,0	13,5	0,25	1,8 [1])	3,6
Tschechoslowakei	20,2	33,3	11,8	0,12	3,0	4,3
Sowjetzone	3,1	177,5	33,4 [2])	0,00	1,4 [2])	2,2
Ungarn [3])	22,65		5,1	1,12	0,9	1,7
Rumänien	6,1		2,1 [4])	9,10	0,3 [4])	0,8
Bulgarien	8,7 [5])		1,4 [5])	—	0,2 [6])	0,3 [6])
Ostmitteleuropa Planziele 1953/55	129,0	303,0	74,0	11,00	10,0	17,0
Sowjetunion Planziele 1955	280,0	92,0	163,0	70,00	34,0	44,0

Quellen: Vorwiegend nach Einzelangaben der Ost- und Weltpresse; die Zahlen für Ungarn geschlossen aus „Neue Zürcher Zeitung" v. 31. 7. 54; s. auch W. Hildebrandt: „Wie stark ist der Osten?", in Geopolitik, Jg. 1954, H. 7.

[1]) 1952. [2]) Planziel 1955. [3]) Planziele 1954, nach Schätzungen liegt die Ist-Produktion 1954 um mindestens 10 % niedriger. [4]) 1950. [5]) Schätzungen, vgl. „Die Weltwirtschaft", Jg. 1953, H. 2. [6]) Planziel 1957.

Um so wichtiger ist es, daß die Industriepläne neuerdings auch im Hinblick auf die bisherige Absicht, alle Gebiete Ostmitteleuropas mit einer schwerindustriellen Grundlage auszustatten, im Rahmen des sogenannten „Neuen Kurses" einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden. Damit greift man auf das Beispiel Bulgariens zurück, das bereits im Sommer 1949 im Anschluß an den Tod Dimitroffs die zu weitgespannten, unwirtschaftlichen Industrialisierungspläne einschränkte und sich seitdem, abgesehen von der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und einiger Konsumgüter, im wesentlichen auf die Förderung von Kohle und Buntmetallen konzentriert. War das damals ein Einzelfall, so erfaßt der seit 1953 im Gange befindliche Kurswechsel den gesamten Raum der Satellitenländer. Nachdem man zunächst versucht hatte, Ostmitteleuropa ohne Rücksicht auf ökonomische Gesichtspunkte möglichst in einem Zuge zu industrialisieren, bildet man jetzt, ähnlich wie in der Sowjetunion, industrielle Schwerpunkte, die mehr als bisher dem Grundsatz einer rentablen Standortwahl entsprechen.

Am deutlichsten läßt sich diese allgemeine Entwicklung, die auch zu einer stärkeren Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Ländern führen soll, an den Vorgängen in der Slowakei ablesen. Hier wurde bereits Anfang 1953 der Bau des geplanten großen Hüttenkombinats HUKO bei Kaschau, das einmal 1 Mill. t Stahl jährlich herstellen und die Grundlage der Industrialisierung der Slowakei bilden sollte, eingestellt, während nun im August 1954 nach heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen auch noch offiziell beschlossen wurde, sowohl auf eine leistungsfähige slowakische Maschinenindustrie als auch auf eine entsprechende eisenschaffende Industrie zu verzichten. Mit ähnlichen Problemen beschäftigt man sich aber auch in Zentralpolen, in Rumänien und in Ungarn, wo z. B. das Stahlkombinat von Stalinvaros südlich von Budapest Gegenstand von Diskussionen ist. Wenn damit auch in keiner Weise die Industrialisierung Ostmitteleuropas als Aufgabe und Fernziel aufgegeben worden ist und man an den meisten der begonnenen Werke weiterbaut, so ist doch eine Entwicklung in Gang gekommen, die zwar einerseits durch vermehrte Arbeitsteilung den Zusammenschluß des Ostblocks fördert, aber auf der anderen Seite auch durch die Herausbildung stärkerer struktureller Unterschiede zwischen den einzelnen Landschaften und Satelliten die Gefahr einer Entfremdung mit sich bringt. Die Auseinandersetzungen in der Slowakei, bei denen der Vorwurf eines „wirtschaftspolitischen Separatismus" eine große Rolle spielte, haben das deutlich gezeigt.

VOLKSREPUBLIK CHINA

Mit dem Problem des wirtschaftlichen Regionalismus beschäftigt man sich auch nachhaltig in der Chinesischen Volksrepublik, dem dritten Teilraum des Ostblocks. Hier geht es darum, die Weite des Raumes zu überwinden und die einzelnen Gebiete, Rohstoffvorkommen und Schwerpunkte des Verbrauchs verkehrsmäßig einander näherzubringen und marktpolitisch zu koordinieren. Besondere Schwierigkeiten bringt die Tatsache mit sich, daß die Zentren der Schwerindustrie ganz einseitig in der Mandschurei und dem nördlichen China mit seinen Kohlevorkommen liegen, während bis zur Revolution der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes in Südostchina mit seinen Küstenstädten und den von den Westmächten entwickelten Konsumgüterindustrien (Textilindustrie) lag. Die neue Schwerpunktbildung in der Mandschurei hat schon zu dem Versuch geführt, mit Hilfe von Säuberungsaktionen gegen eine Reihe von Spitzenfunktionären dieses Landesteiles, wie z. B. Provinzgouverneure, Bürgermeister großer Städte usw., von der politischen Seite her der Gefahr eines wirtschaftlichen Separatismus zu begegnen. Auch der für die Industrieplanung verantwortliche Minister, Kao Kang, fiel diesen Auseinandersetzungen um die Entwicklung in der Mandschurei zum Opfer. [7])

Das bedeutet freilich nicht, daß die Industrialisierungspläne grundsätzlich eingeschränkt worden sind. Mit dem Plan, auch China einer industriellen Revolution

[7]) „The Economist" vom 2. 10. 54.

zu unterwerfen, haben sich schon Sun Yat-sen und Tschiang Kai-shek ausführlich befaßt. Aber erst der Erfolg der kommunistischen Revolution im Jahre 1949 schuf die praktischen und ideologischen Voraussetzungen für die Industrialisierung und vor allem für den Ausbau einer der Größe des Landes angemessenen Schwerindustrie. Nachdem bereits in Art. 3 des „Allgemeinen Programms der Politischen Konsultativ-Konferenz des Chinesischen Volkes" im Jahre 1949 die Absicht verkündet worden war, China „stetig aus einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln", ist dieses Programm jetzt auch in die Präambel der neuen Verfassung vom Herbst 1954 aufgenommen worden. Dort heißt es: „Zwischen der Gründung der Volksrepublik China und der Herstellung der sozialistischen Gesellschaftsordnung liegt eine Übergangsperiode. Die Hauptaufgabe des Staates in dieser Übergangsperiode besteht im stufenweisen Aufbau der sozialistischen Industrialisierung des Landes." [8])

Die Grundlage dieser Politik bildet nach einer Zeit des Wiederaufbaus nach den Kriegswirren der im Jahre 1953 begonnene Fünfjahresplan. Nach diesem Plan rangiert, ungeachtet des „Neuen Kurses" in den übrigen Teilen des Ostblocks, in der Reihenfolge der Prioritäten die Schwerindustrie an erster Stelle, erst dann folgen Landwirtschaft und Leichtindustrie, d. h. die Konsumgüterproduktion und das Handwerk.

Produktion von Kohle, Roheisen und Rohstahl in China, 1936 — 1952

(in 1000 t)

Position		1936	1943	1952
Kohle	Mandschurei	12 080	25 270	38 000
	Altchina	15 030	37 440	
Roheisen	Mandschurei	630	1 545	1 990
	Altchina	433	230	
Rohstahl	Mandschurei	600	1 190	1 920
	Altchina	50	90	

Die vorstehenden Zahlen zeigen, in welchem Maße die schwerindustrielle Entwicklung Chinas auf der von den Japanern entwickelten Basis in der Mandschurei fußt. Vor allem aber lassen sie das geringe Produktionsvolumen erkennen, mit dem die Chinesische Volksrepublik die Industrialisierung des Landes beginnt. Mit 3,7 kg Rohstahlerzeugung pro Kopf der Bevölkerung (1954) liegt China heute noch weit unter dem Durchschnitt des afrikanischen Kontinents (1950: 15,7 kg), ganz zu schweigen von der Ausgangslage der Sowjetunion zu Beginn der Stalinschen Fünfjahrespläne im Jahre 1928.

Planziele in China 1954

Kraftstrom (Mrd. kWh)	Kohle (Mill. t)	Roheisen (Mill. t)	Rohstahl (Mill. t)	Zement (Mill. t)
10,8	82,0	3,03	2,17	4,73

Quelle: Ministerpräsident Tschu En-lai in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Nationalen Volkskongreß (lt. Tass vom 23. 9. 54).

Tatsächlich sind die strukturellen Widerstände, die China beim Aufbau einer eigenen Industrie überwinden muß, außerordentlich. Groß ist bis auf weiteres der Mangel an Facharbeitern und Technikern. Von der arbeitenden Bevölkerung zählen 1953 kaum mehr als 2 Millionen zur Industriearbeiterschaft, wovon über die Hälfte in der Textilwirtschaft und anderen Zweigen der Konsumgüterindustrien tätig sind. Ohne eine eigene technische Dokumentation und eine brauchbare Wirtschaftsstatistik und ohne die notwendige wirtschaftspolitische Erfahrung sind die chinesischen Planer und Organisatoren ganz auf die sowjetischen Berater angewiesen, die in großer Zahl ins Land gekommen sind. Aber auch sie brauchen Zeit, um die an sich reichen Bodenschätze zu erforschen und den Ausbau der Kommunikationen voranzutreiben. Vor allem aber kann die Masse der Bauern nicht einer gewaltsamen und schnellen gesellschaftlichen Wandlung unterworfen werden, ohne daß mit sozialen und politischen Spannungen gefährlichen Ausmaßes gerechnet werden müßte. Die Grundlage des sozialen Gefüges Chinas bildet immer noch die Agrargesellschaft, die nur ganz allmählich mit der industriellen Revolution bekannt gemacht werden kann. Angesichts der Masse des Landvolkes ist das auch schon rein technisch gar nicht anders möglich. Steht doch den Chinesen, wenn sie einmal die Menge Rohstahl erzeugen, die die UdSSR nach Plan im Jahre 1960 erreicht — d. h. nach einer Industrialisierungsepoche von mehr als 30 Jahren —, dann immer erst die Versorgungsquote je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung, die heute den Weltdurchschnitt bildet (100 kg). Das aber ist ein Niveau, das weit unter dem aller Industrieländer liegt.

Das Beispiel der Versorgung des Landes mit Stahl sollte den langen Weg aufzeigen, den China noch vor sich hat. Es besteht kein Zweifel, daß die chinesische Wirtschaft auf Grund der vorhandenen Arbeitskräfte, die auch hier dank der Bodenreform laufend der Industrie zugeführt werden können, dank der Energiequellen und Rohstoffvorkommen sowie der sowjetischen Erfahrungen, die eine wichtige Hilfe sind, in absehbarer Zeit über eine leistungsfähige Schwerindustrie verfügt. Aber noch viel weniger als in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa kann das in China bedeuten, daß alle Gebiete des Landes und der Wirtschaft gleichmäßig erfaßt und im Sinne der modernen Industriegesellschaft revolutioniert werden. Dieses Ziel kann nur als eine Aufgabe von Generationen betrachtet werden. In der Zwischenzeit müssen ungünstige Disproportionen hingenommen werden, die die Staats- und Wirtschaftsführung vor ganz neue Probleme stellen.

Vor allem aber muß sich die Chinesische Volksrepublik zunächst mit ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion abfinden. Auf die Anwesenheit eines in die Tausende gehenden Stabes von sowjetischen Wirtschaftsfachleuten und Technikern, ohne den die Durchführung des Fünfjahresplans unmöglich wäre, wurde bereits hingewiesen. Außerdem hat sich die Sowjetunion auf der Grundlage des Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrages vom 14. Februar 1950 verpflichtet, die Ausrüstung von 141 Schwerpunktbetrieben zu liefern. Anfang Oktober 1954 wurde die Zahl dieser Werke noch um 15 erhöht; auch wurde

[8]) Tassmeldung vom 20. 9. 54.

bei dieser Gelegenheit ein Vertrag über die Gewährung eines neuen Kredits in Höhe von 520 Mill. Rubel zur Finanzierung der Industrialisierung abgeschlossen und ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren unterzeichnet. Schließlich beschloß man endgültig den Bau von zwei neuen Eisenbahnlinien (Lantschou — Alma-Ata und Tsining — Ulan-Bator), die nicht nur der westchinesischen Provinz Sinkiang und der Äußeren Mongolei zugutekommen sollen, sondern vor allem der Zusammenarbeit zwischen China und der UdSSR. [9])

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Das Beispiel China weist auf die zentrale Funktion hin, die der sogenannten „sowjetischen Wirtschaftshilfe" im Rahmen der Gleichschaltung und Umstrukturierung des Ostblocks zukommt. Es ist das ein zusammenhängender Komplex, der von der gemeinsamen Ausarbeitung der Industrialisierungspläne über die Lieferung von Werkseinrichtungen für die wichtigsten Großunternehmen und Kombinate bis zur Einweisung landeseigener Fachleute in die technische und organisatorische Leitung dieser Betriebe durch sowjetische Experten reicht, wenn nicht die Vertreter der Sowjetunion selber solche Posten besetzen. Dabei liefern die Sowjets nicht nur die Erfahrungen und das Personal, das für alle Sparten des Aufbaus verantwortlich eingesetzt ist, sondern auch die technischen Pläne, die Lizenzen für die Produktion dieser Fabriken nach sowjetischer Technologie sowie die Grundlagen für die Normung und Kalkulation. Infolge der Notwendigkeit, alle diese Leistungen zu kreditieren bzw. durch Gegenlieferungen zu verrechnen, gehen diesem Verfahren weitreichende langfristige Handels- und Kreditabkommen parallel, die die Verzahnung der sowjetischen Wirtschaft mit den Volkswirtschaften der anderen Staaten des Ostblocks noch verstärken. Mehrjährige Verträge, die die technische Hilfe, die Lieferung von Industrieeinrichtungen und die sonstigen Wirtschaftsbeziehungen regeln, wurden von der Sowjetunion am 26. Januar 1948 (Zusatzabkommen am 29. Juni 1950) mit Polen, im November 1950 mit der Tschechoslowakei, im Februar 1951 mit Albanien, im August 1951 mit Rumänien, im September 1951 mit der Sowjetzone und am 30. Januar 1952 mit Ungarn abgeschlossen.

Ein noch direkteres Mittel, in die wirtschaftliche Entwicklung der Ostblockstaaten einzugreifen, stellen die „Gemischten Gesellschaften" dar, die die Sowjetunion in Ostmitteleuropa, aber auch in China gründete. Insbesondere in Bulgarien, Ungarn und Rumänien brachte sie dabei als eigenen Kapitalanteil in die formal paritätischen Unternehmungen vorwiegend ehemals deutsches Eigentum ein, das von den Sowjets als Kriegsbeute bzw. Reparationsgut beschlagnahmt worden war. Besonders ausgedehnt waren diese Gesellschaften in Rumänien, wo die zeitweilig 16 Organisationen den entscheidenden Anteil der Wirtschaft kontrollierten, zusätzliche Gewinne für die sowjetische Wirtschaft zu Lasten Rumäniens abschöpften und außerdem den Handel nach den Bedürfnissen des Kreml ausrichteten. Ähnliches gilt für die sowjetisch-ungarischen und sowjetisch-bulgarischen Gesellschaften. Wenn die Sowjetunion im Herbst 1954 aus den meisten gemischten Unternehmungen austrat, so bedeutet das freilich nicht eine Abschwächung der bisherigen Zusammenarbeit. Gerade die wichtigsten Gesellschaften, wie z. B. die „Sovrompetrol", die die rumänische Erdölindustrie und die „Maszobal", die die ungarischen Bauxitvorkommen kontrolliert, bleiben in der alten Form bestehen. Außerdem müssen die von den Sowjets übernommenen Kapitalanteile durch langfristige Warenlieferungen an die UdSSR abgegolten werden.

Viel wichtiger ist noch der Versuch, die Entwicklungspläne der einzelnen Länder in Zukunft stärker als bisher aufeinander abzustimmen. Das kommt schon rein äußerlich darin zum Ausdruck, daß 1956 sämtliche Fünfjahrespläne des Ostblocks mit Ausnahme des bulgarischen und des chinesischen Plans auch zeitlich mit dem sowjetischen Plan gleichgeschaltet werden.

AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG

Die immer engere Verzahnung des Ostblocks spiegelt sich nicht zuletzt im steigenden Außenhandel der kommunistischen Länder untereinander wider. So betrug der prozentuale Anteil des Ostblocks am Außenhandel der ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten 1951 (Anteil 1937 in Klammern) [10]): Albanien 100 (5), Bulgarien 92 (12), Rumänien 79 (18), Ungarn 67 (13), Tschechoslowakei 60 (11), Polen 58 (7). Dabei hatte diese Entwicklung damals noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht. Der Anteil des Ostblocks z. B. am tschechoslowakischen Außenhandel betrug 1952 bereits 70 % gegenüber 60 % im vorhergehenden Jahr.

Dieselbe Entwicklung haben die Sowjetunion und China durchgemacht. Während die UdSSR vor dem Kriege (1938) nur 1,5 % ihrer Einfuhr aus den jetzigen Satellitenstaaten und 8,2 % aus China (einschl. der Mandschurei) bezog und nur 1,6 % bzw. 9,3 % ihres Exports in diese Länder ausführte, ist 1952 der Ostblock mit rund 80 % am Außenhandel der Sowjetunion beteiligt. [11]) Diese Umorientierung wäre uninteressant, wenn es sich noch immer um das außerordentlich geringe sowjetische Außenhandelsvolumen der Vorkriegszeit handeln würde. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Der hohe Anteil der Verbündeten am Außenhandel der Sowjetunion bedeutet vielmehr zugleich eine wesentliche Ausweitung des Außenhandels der Sowjetunion seinem absoluten Umfang nach. Der sowjetische Außenhandelsumsatz stieg zwischen 1938 und 1952 um fast das Neunfache (1938: 525 Mill. $, 1952: 4 557 Mill. $ jeweiliger Kaufkraft), der Pro-

[9]) Wortlaut der neuen sowjetisch-chinesischen Abkommen in „Tägliche Rundschau" vom 13. 10. 54.

[10]) „Wneschnjaja Torgowlja", Moskau, Jg. 1952, H. 10.

[11]) Zahlen und Angaben über den Außenhandel des Ostblocks u. a. in „Beiträge zur Moskauer Weltwirtschaftskonferenz", hrsg. von der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Berlin 1952; Artikel „Sowjetunion (Außenhandel)" in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart 1954; H. Groß: „Die Möglichkeiten des heutigen Südosthandels unter besonderer Berücksichtigung des Donauverkehrs", Regensburg o. J.; „Ostprobleme", Jg. 1954, Nr. 37; „Die Weltwirtschaft", Jg. 1953, H. 2; „Wneschnjaja Torgowlja" (Außenhandel), Moskau; UNO-Veröffentlichung „Economic Bulletin for Europe", Genf; „Osteuropa", Stuttgart; „Ostwirtschafts-Mitteilungen", hrsg. von der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel, Köln.

Kopf-Anteil des Außenhandels von 3,1 $ auf 23 $. Wenn das auch noch nicht mit der Bedeutung verglichen werden kann, die der Außenhandel in den westlichen Ländern hat (Pro-Kopf-Rate 1950 in den USA 175 $, in Großbritannien 270 $), so läßt es doch die engere Verbindung der Sowjetwirtschaft mit der Außenwelt erkennen.

Das bedeutet zunächst gewiß nichts anderes, als daß die gewohnte Politik der Selbstgenügsamkeit auf einen größeren Raum übertragen wurde, den man politisch und wirtschaftlich kontrolliert. In diesem Sinne ist also nur sehr bedingt von einem traditionellen Außenhandel zu sprechen. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Übertragung der sowjetischen Industriepolitik auf den gesamten Raum des Ostblocks, vor allem aber der Plan, in Zukunft nicht nur die Industrialisierung voranzutreiben, sondern sich zugleich stärker als bisher um ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen Landwirtschaft und Industrie und zwischen Schwer- und Leichtindustrie zu bemühen, den Ostblock vor Aufgaben stellt, die eine begrenzte Inanspruchnahme des Weltmarktes geraten erscheinen lassen. Die neue Außenhandelspolitik, die in der Moskauer „Weltwirtschaftskonferenz" im Jahre 1952, dem wachsenden Interesse der Sowjets an den Ost-West-Handelskonferenzen in Genf und den vielen Einladungen zu Handelsgesprächen zum Ausdruck kommt, hat freilich bisher zahlenmäßig zu wenig greifbaren Ergebnissen geführt (s. nebenstehende Tabelle). Das liegt nicht nur an der politischen Reserve der Westmächte gegenüber einer Ausdehnung des Ost-Westgeschäftes, sondern auch an Lieferschwierigkeiten, preispolitischen Problemen und anderen Erschwerungen, die auf die besonderen Handelspraktiken des Ostblocks zurückgehen. Es ist noch nicht zu übersehen, ob sich in der Zukunft auf Grund der vermehrten Kontakte günstigere Bedingungen für die Ausweitung des Ost-Westhandels schaffen lassen.

Handel zwischen Ost- und Westeuropa
(in Mill. $)

Land	Import aus Osteuropa (cif)					Export nach Osteuropa (fob)				
	1952		1953		1954	1952		1953		1954
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Westeuropa:										
Österreich	41	33	31	28	27	31	33	29	30	28
Belgien-Luxemb.	13	20	14	26	20	32	27	33	31	33
Dänemark	19	20	18	21	22	19	15	12	32	38
Finnland [1]	74	79	85	95	81	62	80	75	99	92
Frankreich	36	22	21	20	31	21	18	25	26	37
Bundesrepublik [2]	24	32	24	42	31	23	27	24	30	34
Italien	42	43	25	21	30	26	29	24	34	31
Niederlande	26	28	17	37	22	22	14	15	42	38
Norwegen	14	18	14	26	21	12	16	12	20	24
Schweden	56	52	26	34	30	62	57	29	38	33
Schweiz	19	16	16	18	19	21	21	16	18	15
Türkei [3]	8	13	13	17	16	11	9	14	15	26
Großbritannien	144	91	78	129	81	22	17	16	27	31
Sonstige	4	3	4	9	9	5	6	11	12	18
Insgesamt	520	470	386	523	440	369	369	335	454	478

Land	Export nach Westeuropa (cif)					Import aus Westeuropa (fob)				
	1952		1953		1954	1952		1953		1954
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Osteuropa:										
UdSSR	217	166	115	218	162	124	131	103	209	206
Polen	124	134	110	124	97	85	87	75	80	80
Tschechoslowakei	83	74	68	80	69	64	47	39	44	58
Sowjetzone [2]	46	44	38	46	51	41	36	40	53	58
Ungarn	29	32	18	27	25	34	33	31	36	51
Rumänien	14	12	26	23	24	18	27	36	20	15
Bulgarien	7	8	11	15	12	3	8	11	12	10
Insgesamt	520	470	386	523	440	369	369	335	454	478

[1]) Ohne Kriegsreparationen. [2]) Ohne Interzonenhandel. [3]) Gesamte Importe und Exporte ausschl. Wiederausfuhr.
Quelle: ECE-Pressedienst.

Summary: The Eastern Bloc as an Economic Power. The industrial policy of Soviet Communism is understood by the author as an attempt to organize an economic and technical revolution by which the large economic area between Eastern Europe and the China Sea is to be brought up to the industrial level of the old industrial states situated around the North Atlantic. He analyzes in detail to what extent this change of structure has already been effected in the Soviet Union, its East European satellites, and the Chinese People's Republic. Finally, he discusses general problems of economic cooperation and foreign trade relations within the area of the Eastern Bloc.

Résumé: Le Bloc de l'Est comme puissance écomique: L'auteur interprète la politique industrielle du communisme soviétique comme un essai de rapprocher, à moyen d'une révolution économique et technique, la vaste région économique englobant l'Europe Orientale et la Mer de Chine du niveau des pays industriels traditionnels groupés autour de l'Atlantique du Nord. L'auteur donne une analyse détaillée de cette réorganisation et du changement de structure entrepris ainsi que des progrès déjà réalisés dans les pays satellites de l'Europe Orientale et dans la nouvelle République de la Chine. L'auteur termine son article par un exposé des problèmes posés par la coopération économique et commerciale entre les pays du bloc de l'Est.

Resumen: El Bloque del Este como poder económico. El autor ve en la política industrial del comunismo soviético un ensayo para asimilar, por medio de una revolución económica y técnica, la extensa área económica situada entre el Este de la Europa central y el mar de la China, al nivel industrial de los antiguos países industriales situados a orillas del Atlántico del Norte. Analisa detalladamente hasta qué punto estos transformaciones estructurales en la Unión Soviética fueron llevado a cabo en los Estados satélites de la Europa oriental y en la República popular de la China, y concluye su artículo describiendo los problemas generales de la cooperación económica y de las relaciones del comercio exterior dentro del Bloque del Este.